



**Sabine Zimmermann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Sabine Zimmermann, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Herrn Dipl.-Kfm.  
Rüdiger Glaß  
Geschäftsführer Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH  
Karl-Keil-Straße 35  
08060 Zwickau

Berlin, 12.03.2020

Bezug:

Anlage:

**Sabine Zimmermann, MdB**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Paul-Löbe-Haus

Raum: 1243

Telefon: +49 30 227-74230

Fax: +49 30 227-76227

**Zwickau:**

Äußere Plauensche Straße 20

08056 Zwickau

Telefon: +49 0375-2899603

Fax: +49 0375-2899604

sabine.zimmermann@wk.bundestag.de

Vorsitzende Ausschuss für Familie,  
Senioren, Frauen und Jugend

arbeitsmarktpolitische Sprecherin der  
Fraktion DIE LINKE.

## **Offener Brief zu den geplanten Ausgliederungen aus der Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH**

Sehr geehrter Herr Glaß,

ich wende mich an Sie anlässlich der geplanten Ausgliederung von Verwaltung, IT, Technik und Berufsfachschule aus dem Heinrich-Braun-Klinikum.

Die mir bekannten Informationen und Unterlagen lassen deutlich erkennen, dass die Ausgliederung in erster Linie dem Ziel der Kosteneinsparung dienen soll. Da es sich um Bereiche handelt, in denen Personalkosten einen ganz erheblichen Anteil ausmachen, ist anzunehmen, dass die Einsparungen durch geringere Personalkosten erzielt werden sollen, zumal die organisatorischen Parallelstrukturen an sich voraussichtlich keine Einsparungen, sondern eher zusätzliche Ausgaben nach sich ziehen werden.

Das Einsparungspotenzial bei den Personalkosten liegt auf der Hand: So wären beispielsweise die ausgegliederten Klinikteile nicht an den Manteltarifvertrag für die Heinrich-Braun-Klinikum gGmbH gebunden, der derzeit verhandelt wird. Es sind daher Abstriche bei Urlaub, Qualifizierung, Krankengeldzuschuss und langfristig auch beim Arbeitsentgelt gegenüber den Bedingungen im Heinrich-Braun-Klinikum selbst zu erwarten, die ihrerseits wiederum hinter den Bedingungen im Öffentlichen Dienst zurückstehen.

Nicht zuletzt wird durch Ausgliederungen auch die Organisationsmacht der Beschäftigten geschwächt. In kleineren Betrieben ist die Arbeit eines Betriebsrates erschwert; die gewerkschaftliche Organisation steht vor besonderen Herausforderungen. Mittelfristig wird daraus eine weitere Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den ausgelagerten Betrieben resultieren.



Mit Blick auf die Arbeitsmarktsituation habe ich auch Bedenken, ob es mittelfristig gelingen wird, qualifizierte Fachkräfte, SpezialistInnen und ExpertInnen für IT, Verwaltung und Berufsfachschule zu gewinnen, obwohl andere Kliniken bzw. nichtmedizinische Arbeitgeber teils bessere Bedingungen bieten. Das gilt insbesondere für die Lehrkräfte, die mit Blick auf den aktuellen Lehrermangel mehr als genug attraktivere Alternativen zur Verfügung haben dürften.

Sorgen bereitet mir auch die Effizienz und Verlässlichkeit der Krankenhausorganisation. Die immer stärkere Aufsplitterung des Klinikums in verschiedene Untergesellschaften erschwert die Kommunikation und begrenzt die Weisungsmöglichkeiten im Krankenhausbetrieb, was schlimmstenfalls die Versorgungssicherheit gefährden könnte. So ist beispielsweise das Direktionsrecht gegenüber MitarbeiterInnen der Untergesellschaften, die dann per Werkvertrag im Klinikum eingesetzt werden, nicht vorhanden.

Ausgliederungspläne erzeugen außerdem immer Unruhe bei den Beschäftigten. Das belastet den Krankenhausablauf, obwohl wir gerade jetzt in der Corona-Pandemie Besonnenheit benötigen. In einer Zeit, in der den Krankenhäusern mit Blick auf die Corona-Pandemie in den nächsten Monaten eine enorme Belastung bevorsteht, ist ein reibungsloser und effektiver Klinikbetrieb aus einer Hand ein nicht zu unterschätzendes Gut.

Speziell im Bereich der Informationstechnik ist auch die besondere Verantwortung eines Krankenhauses für den Datenschutz zu beachten. PatientInnendaten gehören zu den besonders sensiblen „Gesundheitsdaten“ im Sinne des Art. 4 Nr. 15 DSGVO und teils auch zu den „genetischen Daten“ und „biometrischen Daten“ im Sinne des Art. 4 Nr. 13, 14 DSGVO, die gemäß Art. 9 DSGVO unter besonderem Schutz stehen. Die Verarbeitung dieser Daten durch externe Unternehmen, deren Beschäftigte nicht dem Direktionsrecht der Klinikleitung unterliegen, begegnet deshalb erheblichen Bedenken. Doch auch die Personalabteilung arbeitet mit sensiblen Daten, nämlich mit den Beschäftigtendaten, deren Schutz ebenfalls sicherzustellen ist.

Unbestritten ist, dass das ökonomisierte Gesundheitssystem und insbesondere das System der Krankenhausfinanzierung die deutschen Krankenhäuser – zumal diejenigen in öffentlicher Hand, die eine Grundversorgung vor Ort leisten müssen – vor besondere Herausforderungen stellt. Diesen Herausforderungen ist in erster Linie bundespolitisch zu begegnen. Deshalb setzt meine Fraktion sich im Deutschen Bundestag für einen grundlegenden Systemwechsel in der Krankenhausfinanzierung ein.



Dessen ungeachtet ist es Aufgabe und Verantwortung der Krankenhäuser und ihrer Leitung, unter den ungünstigen Rahmenbedingungen des bestehenden Rechts eine optimale Versorgung der Bevölkerung sowie gute Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten sicherzustellen.

Diese Verantwortung schließt die politische Verantwortung der Krankenhäuser ein, sich einzeln sowie im Verbund (etwa in der Deutschen Krankenhausgesellschaft) für bessere Bedingungen einzusetzen. Konkret könnte sich das Heinrich-Braun-Klinikum beispielsweise, statt nach Wegen der Kostenersparnis auf dem Rücken der Beschäftigten zu suchen, an die Landesregierung wenden und auf eine Refinanzierung von Investitionskosten drängen, wie es der gesetzlichen Aufgabe der Länder entspricht. Ferner könnte das Klinikum im Verbund mit anderen Krankenhäusern auch die Bundesregierung unter Druck setzen, beispielsweise das DRG-Fallpauschalensystem zu überwinden, wie es punktuell bei der Pflegerefinanzierung bereits geschehen ist. Als Vorbild kann die jüngste Aktion der Deutschen Krankenhausgesellschaft sowie einzelner Kliniken (z. B. Pleißenklinik) gegen die Strafzuschläge nach dem MDK-Reformgesetz dienen.

Zusammenfassend möchte ich nochmals betonen, für wie wichtig ich ein kommunales Krankenhaus in einer Hand halte, das auch künftig eine verlässliche, wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung in Zwickau sicherstellt. Gern stehe ich natürlich auch für ein Gespräch zur Verfügung, um Möglichkeiten zu eruieren, um die Ausgliederungen abzuwenden.

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Hin